Landtagswahlprogramm Partei Mensch Umwelt Tierschutz

MUT ´21

Vorhaben zur Umsetzung bis 2021
für mehr Solidarität, Mitgefühl und
Zukunftschancen in Mecklenburg-Vorpommern
Mit MUT für unsere Mitwelt!

Unsere **21** Vorhaben für eine moderne Politik des **21.** Jahrhunderts
für die Landtagswahl am 4. September 2016 zur Umsetzung bis **2021**

Was uns wichtig ist

1. Politik für gerechte Entlohnung und soziale Teilhabe
2. Ethische Verwaltung und Bürgerbeteiligung
3. Eine neue Förderpolitik
4. Erneuerbare Energien ausbauen
5. Fokus auf Gesundheits- und Tourismuswirtschaft
6. Städte stärken, ländlichen Raum nicht vergessen
7. Eine umfassende Agrarwende
8. Umweltgerechte Mobilität
9. Konsequenter Naturschutz
10. Frühe Bildung und bessere Schulpolitik
11. Aufwertung der Berufsausbildung
12. Hochschulen stärken und bessere Studienbedingungen
13. Kulturpolitik für Alle
14. Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut
15. Soziale Behindertenpolitik
16. Minderheitenförderung und Gleichstellung
17. Bezahlbare Wohnungen
18. Stärkung der Kommunalpolitik vor Ort
19. Förderung des Veganismus
20. Tierrechte und Abschaffung der Massentierhaltung
21. Finanzierung des Tierschutzes

Was uns wichtig ist

Unsere Leitideale sind konsequente Gewaltfreiheit, umfassende Empathie für die gesamte Mitwelt und die Aufgabe, denen eine Stimme zu geben, die selbst keine haben. Zu letzteren gehören, wie unser Parteiname besagt, insbesondere Tiere und dies unabhängig davon, ob es sich um Nutztiere, Haustiere oder Wildtiere handelt. Aber dazu gehören auch Menschen, die kein Stimmrecht besitzen: Menschen in anderen Ländern oder aus anderen Ländern in Deutschland. Menschen, die zu jung für das geltende Wahlrecht oder zu alt und krank für eine Stimmabgabe sind. Menschen, die noch nicht geboren sind, nämlich die kommenden Generationen, die die Folgen unserer derzeitigen falschen Politik und Wirtschaft beseitigen müssen. Es gibt also viele Lebewesen, die an Wahlen nicht teilnehmen können, für die wir uns aber bemühen, politische Stellvertretung wahrzunehmen. Wichtigste Voraussetzung dafür ist Empathie, das Mitfühlenwollen, das aktive Wahrnehmen von Sorgen, Leid und Hoffnungen, aber auch das Verstehenwollen von abstrakten Risiken, Chancen und systemischen Mechanismen. Eine wichtige Erfahrung ist hierbei das Mitfühlen, wenn Menschen und Tiere Schmerzen erleiden. Dies zu verhindern ist unser größter Antrieb, unsere große politische Aufgabe. Daher möchten wir alle konkreten Ursachen, Auswirkungen und allgemeinen Grundlagen für Gewalt in Form von Aufklärung bekämpfen und gesellschaftliche Alternativen entwickeln, die in Wirtschaft, Justiz und Kultur gelebt werden sollen. Mit unserem Landtagswahlprogramm möchten wir unsere Vorstellungen und Forderungen festhalten, für die wir stehen und deren Umsetzung wir in der kommenden Legislaturperiode anstreben. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf, wenn sie Fragen haben oder uns unterstützen wollen. Haben Sie Mut, gestalten Sie eine Welt mit, in der das Mitgefühl zählt.

1. Politik für gerechte Entlohnung und soziale Teilhabe

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Bürger von seiner Arbeit menschenwürdig leben kann und nicht trotz Beschäftigung arm sein muss. Daher begrüßen wir die Einführung des Mindestlohns ausdrücklich. Ausnahmen dürfen hierbei nicht den Zweck aushöhlen,sondern sollten nur in sehr klar umrissenen und sinnvollen Zusammenhängen geregelt werden. Verstöße gegen die gesetzlichen Vorgaben müssen von den Landes- und kommunalen Behörden aktiv aufgedeckt und unterbunden werden. Nur so kann der systemisch funktionierende und für die soziale Marktwirtschaft schädliche Verdrängungswettbewerb durch Lohndrückerei verhindert werden. Das Land soll sich für eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns einsetzen.

LeiharbeiterInnen dürfen nicht schlechter gestellt werden als Angestellte mit vergleichbaren Tätigkeiten. Wir fordern, dass sich das Land für eine gerechte Entlohnung der LeiharbeiterInnen einsetzt.

Wir sind für eine soziale und gerechte Gesellschaft, in der nicht das Kapital darüber bestimmt, welche Arbeit erforderlich ist und welche nicht. Daher setzen wir uns für das "Bedingungslose Grundeinkommen" ein. Wir sind uns darüber bewusst, dass dies nur langfristig und Schritt für Schritt gelingen kann. Wir möchten, dass gesellschaftlich notwendige, aber nicht gewinnbringende, Arbeit frei von Existenzängsten ergriffen werden kann. Andererseits möchten wir, dass notwendige Arbeit, die aber ungern verrichtet wird,deutlichere finanzielle oder soziale Anreize von den Arbeitgebern erhalten muss, was durch die Konkurrenz der durch Grundeinkommen attraktiver werdenden Arbeitsmöglichkeiten gewährleistet sein würde.

2. Ethische Verwaltung und Bürgerbeteiligung

Wir möchten, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern durch ethische und direktdemokratische Standards profiliert und hierbei bundesweit Vorreiter wird. Wir fordern

eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie für Gemeinden und die Landesverwaltung. Wir möchten die Einbindung der Bürger in Entscheidungen, stärkere Transparenz und aktive Mitgestaltung der Politik auf allen Ebenen, einhergehend mit einer Förderung politischer Bildung in allen Bereichen.

Folgende ethischen Kriterien, angelehnt an die Matrix der Gemeinwohlökonomie möchten wir umgesetzt sehen: Beachtung der Menschenwürde bei der Gestaltung der zu leistenden und beauftragten Arbeit, gegenüber den Bürgern und Leistungsempfängern sowie bei der Definition der Kriterien für politische Entscheidungen. Gelebte Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, der Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen sowie als Maßstab für die Gestaltung des Gemeinwesens. Ökologische Nachhaltigkeit in den Verwaltungen und beauftragten Unternehmen, bei den Ansprüchen an Investoren, bei allen legislativen Vorgängen und ihren Umsetzungen. Einbeziehung aller Betroffenen von politischen Entscheidungen in die Entscheidungsprozesse und klare Kommunikation der Prozesse, Kriterien und notwendigen Informationen. Finanzielle Entscheidungen müssen umfassenden ethischen Kriterien entsprechen, Desinvestment für kritische Bereiche soll geprüft werden, Sicherheit und Nachhaltigkeit müssen stets Vorrang vor Gewinn und kurzfristigen Effekten haben.

Insbesondere wollen wir ein striktes Verbot für öffentliche Aufträge und Verwaltungshandeln in folgenden Bereichen: Kinderarbeit, Rüstungsindustrie und Waffenhandel, nukleare und weitestgehend auch fossile Energieträger, Fracking, Gentechniklandwirtschaft,Tierversuche, Korruption.

Demokratie, Mitentscheidung, Information müssen noch weitaus stärker verankert werden in alle Phasen der politischen Prozesse. Bürgerhaushalte sollen in den Kommunen und auf Landesebene eingerichtet werden. Es sollen echte Einflussmöglichkeiten bei der Umsetzung von Bürgerhaushalten gewährleistet werden, die auf aktive Auseinandersetzung der Bürger mit Finanzen fördern und das Gefühl für notwendige öffentliche Belange stärken. Verwaltungen und Entscheidungsgremien sollen bürgernäher gestaltet und Volksentscheide gefördert werden.

3. Eine neue Förderpolitik

Die Fördermittel des Landes sollen sich stärker daran ausrichten, ob ethisch, nachhaltig, sozial und ökologisch orientierte Produkte, Dienstleistungen und ehrenamtliche Tätigkeiten im Vordergrund stehen. Rein wirtschaftliche Erwägungen können nicht mehr vorrangiges Kriterium sein. Insbesondere Großprojekte und große Unternehmen sollten weniger in Genuss von Fördermitteln und Subventionen gelangen. Kleinteilige und lokale Projekte, Subsistenz- und solidarische Wirtschaft sowie bio-vegane Landwirtschaft müssen unserer Ansicht nach endlich Berücksichtigung finden. Mikrodarlehen und Bürgerhaushalte sind geeignete Methoden.

Bereiche, die stärker in der Förderpolitik des Landes berücksichtigt werden sollen sind: Forschungseinrichtungen, Umwelttechnologie, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Bionik, bio-vegane Landwirtschaft, ökologische und solidarische Innovation, Integration, Inklusion. Die Vorgaben unter Punkt 2 sollen auch bei der Förderpolitik des Landes für die Privatwirtschaft gelten.

Ehrenämter, gemeinnützige Vereinsarbeit sowie postkapitalistische/solidarische Projekte sollen stärker durch das Land gestützt werden. Es ist hilfreich, hierfür eine zentrale Koordinationsstelle aufzubauen, die kostenlos berät und Vernetzungen aufbaut, so dass ein nachhaltiger Lernprozess gesteuert werden kann. Regionale und lokale Gremien sollen geschaffen werden, um Bedürfnisse und Ressourcen auszuloten und mitzukoordinieren. Mittelfristig haben wir das Ziel, mehrere tausend Stellen im gemeinwohlorientierten Bereich bis 2021 zu schaffen. Eine Vermischung mit Zwangsarbeit im Rahmen von Hartz IV lehnen wir strikt ab.

4. Erneuerbare Energien ausbauen

Die Entwicklung von Speichertechnologien sollen vom Land massiv gefördert werden. Ein weiterer Ansatzpunkt für eine nachhaltige Energiepolitik ist die Förderung von Effizienz und Einsparung, da hier mit der größte Hebel für einen Energiewandel vorhanden ist. Smart Metering, breitere Verteilung der Arbeitszeiten in der Industrie, Energieberatungen vor Ort und Wärmedämmung von Gebäuden sind hier die vorrangigen Ansätze. Die energetische Gebäudesanierung ist gezielt voranzutreiben. Energiebilanzen und Klimaschutzpläne für Kommunen möchten wir unterstützen. Generell soll die Energieversorgung möglichst dezentral organisiert sein und nicht in der Hand von Großunternehmen und Energiekonzernen sein!

Die Nutzung von Atomenergie lehnen wir grundsätzlich ab, Kohlekraftwerke sehen wir ebenfalls als unökologisch und gesundheitsschädigend an. Ein Atomendlager in Mecklenburg-Vorpommern lehnen wir ebenso wie weitere Atommülltransporte nach Lubmin ab.

Wir möchten, dass Mecklenburg-Vorpommern zum Vorreiter Deutschlands für „Transition Towns“ wird, die sich proaktiv darum bemühen, lokal eine Energiewende herbeizuführen. Die Verbrauchsreduktion und Umstellung auf nachhaltige Energienutzung sollen wichtige Grundpfeiler von Stadtwerken und Kommunen werden. Hierfür müssen Verwaltungen und Unternehmen gemeinsame Ziele vereinbaren und Privatisierungen ohne demokratische Legitimierungen und öko-soziale Ausrichtungen dürfen kein Zukunftsmodell sein.

5. Fokus auf Gesundheits- und Tourismuswirtschaft

Mecklenburg-Vorpommern soll sich zum Gesundheitsland entwickeln und dieses Image auch für den Gesundheitstourismus nutzen. Wir haben die besten Voraussetzungen dafür mit den bundesweit bekannten Universitätskliniken in Rostock und Greifswald sowie den gesundheitsorientierten Kurorten. Besondere Forschungsbereiche existieren mit der

Biotechnologie, Plasmaforschung, Medizintechnik und der Community Medicine. Auch die Fachhochschule Neubrandenburg hat in der Vernetzung von Gesundheitswissenschaften und Tourismus viel für eine erfolgreiche Weichenstellung unseres Bundesland getan.

Unser Land soll sanften und naturnahen Tourismus verkörpern und aktiv fördern. Im Einklang mit der Natur, ressourcenschonend, mit gesunder Luft und sauberem Wasser soll das Gastgewerbe seinen Ruf erhalten und ausbauen. Die Pflege und Ausweitung der Naherholungsgebiete, Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate und Nationalparks sind wichtige Grundlage für die Förderung der Tourismuswirtschaft.

In der Aus- und Weiterbildung sollte verstärkt darauf geachtet werden, naturnahe Erholung hervorzuheben. In der Gastronomie sollen giftstoffvermeidende, ökologische und vegane Aspekte gestärkt und in der gastronomischen Aus- und Weiterbildung entsprechende Inhalte vermittelt werden. Die Reduzierung fettreicher und zuckerhaltiger Ernährung in der Gastronomie, Kururlaubstourismus, Sporttourismus und alternative Urlaubskonzepte sollen neben den naturgegebenen Reizen unseres Bundeslandes die Alleinstellungsmerkmale werden.

6. Städte stärken, ländlichen Raum nicht vergessen

Städtebauförderung ist ein wichtiger Schlüssel für den Erhalt der Attraktivität unseres Landes. Nur durch die Stärkung der Zentren lassen sich junge Fachkräfte im Land halten oder herlocken. Hierbei soll jedoch auf sozialen Ausgleich geachtet und keine sozioökonomische Segregationsentwicklung riskiert werden. Die innerörtliche Entwicklung und Brachenbeseitigung ist gegenüber einer Zersiedelung zu bevorzugen.

Maßgeblich bei der Städtebauförderung sollen die Anhebung der Lebensqualität der Bürger, die Erreichbarkeit von kulturellen Einrichtungen und Behörden sowie Klimaschutz-, Erholungsaspekte sein. Alle Bauvorhaben und Umgestaltungen des öffentlichen Raums müssen ausreichend früh mit den Anwohnern und den Bürgern gemeinsam besprochen

und sie sollen bei allen Phasen aktiv einbezogen werden. Wir möchten mehr Grün in den Städten, mehr Parks und auch Flächen mit natürlichem Bewuchs.

Der ländliche Raum ist das große Sorgenkind unseres Bundeslandes. Es gibt hier strukturschwache Gebiete mit deutlich geringerem Versorgungsgrad im medizinischen und Bildungsbereich. Die demographische Herausforderung ist zudem massiv. Wir sehen die Lösung in der Förderung von Unterzentren und mobilen Einheiten, die Verwaltungsdienstleistungen und medizinische Versorgung vornehmen. Schulwegdauern müssen verkürzt werden durch mehr und effektivere Routen der Schulbuslinien. Die Kosten für die Schülerbeförderung dürfen aber nicht den Familien aufgebürdet werden. Die kulturell und touristisch wertvollen Stätten müssen vor Verfall geschützt werden, was insbesondere Schlösser und Gutshäuser auf dem Lande betrifft.

7. Eine umfassende Agrarwende

Wir möchten eine umfassende Agrarwende, bei der langfristig die Konversion hin zur bio-veganen Landwirtschaft umgesetzt wird. Die Agrarwirtschaft muss sich der Verantwortung bewusst sein, eine Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, die ein Höchstmaß an Gesundheit für die Bürger des Landes garantiert. Eine vorsätzliche oder fahrlässige Schädigung von Lebewesen in ihrer Gesundheit oder an ihrem Leben muss auf jeden Fall unterbunden werden. Dies schließt Massentierhaltung unter allen Umständen aus, da hier niemals tierleidfreie Haltung möglich sein kann. Andere Formen der Tierhaltung zum Zwecke der Nutzbarmachung tierlicher Bestandteile und Produkte lehnen wir ebenso ab. Realpolitisch fordern wir eine sofortige und komplette Abschaffung der Massentierhaltung sowie eine Abschaffung anderer Formen gewerblicher und ausbeuterischer Tierhaltung in der mittleren Frist. Letzteres soll insbesondere durch Förderpolitik und Aufklärung erreicht werden. Tierliche Produkte sind für eine gesunde Lebensweise nicht notwendig und wir streben eine drastische Reduzierung des Konsums tierlicher Produkte, insbesondere Fleisch, an.

Wir unterscheiden zwischen Agrarindustrie und Landwirtschaft, wobei erstere keinerlei politische und ökonomische Förderung mehr erhalten darf. Landwirtschaft muss ökologischen und sozialen Kriterien entsprechen. Umweltschädlichen Anbau und naturbelastende Auswirkungen sowie Klimaschäden gilt es rigoros zu unterbinden. Landwirtschaftliche Nutzfläche darf nicht Objekt von finanzmarktlicher Spekulation werden; nicht hierzulande und nicht weltweit. Boden darf nicht Eigentum Weniger sein, sondern darf niemandem gehören und muss der Gemeinschaft dienen. Der Verkauf öffentlicher Fläche an private Träger (Landgesellschaft, BVVG) muss gestoppt werden, die Verpachtung an nachhaltig, ökologisch, ressourcenschonend und sozial wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe sind stets zu bevorzugen.

Je nachhaltiger, ökologischer und sozialer ein landwirtschaftliches oder landschaftspflegerisches Konzept ist, desto stärker muss das Land sich für die Umsetzung eines solchen Konzeptes vor Ort einsetzen. Selbstversorger und Projekte solidarischer Landwirtschaft sollen gefördert werden, da wir hierin tragfähige Zukunftschancen einer gesunden und fairen Lebensmittelversorgung sehen. Landschaftstypische Biodiversität und funktionierende Ökosysteme gilt es zu erhalten und auszubauen. Wir möchten eine Enquete-Kommission „Nachhaltige und ethische Landwirtschaft“ einrichten, die den stetigen demokratischen Diskurs führt und konkrete Handlungsschritte und Zielkataloge entwickelt für die Agrarwende.

Die Fischerei ist für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Identität unseres Küstenlandes. Wir sehen jedoch massive Probleme in der Überfischung von Ostsee und Binnengewässern. Desweiteren ist die Freisetzung von Giften in der Ostsee durch Industrie und Kriegsmunition eine stark unterschätzte Gesundheitsgefahr. Wir möchten daher darauf hinwirken, dass der Fischkonsum mittelfristig deutlich reduziert wird.

Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir ab, da die Folgen zu risikoreich und unabwägbar sind. Mecklenburg-Vorpommern muss sich verbindlich und für immer als gentechnikfreie Region definieren. Wir möchten stärkere Kennzeichnungspflichten für

sämtliche Lebensmittel in Hinsicht auf ihren regionalen Ursprung, ihre mögliche Kontamination mit gentechnisch veränderten Bestandteilen und möglicherweise gesundheitsschädlichen Auswirkungen. Eine stärkere Kontrolle der Landwirtschaft und der erhältlichen Lebensmittel halten wir für erforderlich im Sinne des Verbraucherschutzes.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir ein vollständiges Verbot der Käfighaltung von Legehennen, eine Verzehnfachung der Flächenvorgaben in der Hühnerhaltung und Wasserzugang in der Entenhaltung, ein Verbot der Anbindehaltung, von Spalten-/Gitterböden, sofortiges Verbot des Schnäbelkürzens, des Kupierens von Schwänzen, des betäubungslosen Kastrierens, des Brandeisenkennzeichnens, der Enthornung und aller davon betroffenen Importe, ein Verbot von Tiertransporten, die Einführung eines Verbandsklagerechts, eine drastische Einschränkung der Verwendung von Breitbandantibiotika. Das Ziel ist die Einführung einer ausnahmslos tierleidfreien Landwirtschaft und die sofortige Stärkung bio-veganer Landwirtschaft. Der Verbraucherschutz ist um transparente Informationen zum Einsatz von tierlichen Produkten zu ergänzen.

Desweiteren möchten wir eine Einschränkung der Verwendung von Ackergiften und der Ausbringung von Gülle in Trinkwasserschutzgebieten erreichen. Eine vollständige Transparenz des Pestizideinsatzes soll erreicht werden sowie eine systematische Untersuchung der Auswirkungen auf Natur, Tier und Mensch in Gang gesetzt werden. Die Forschung über (bio-)vegane Düngemittel muss intensiviert und Projekte, die dies erfolgreich umsetzten, gefördert werden.

Bienen sind unverzichtbar für die Natur und unsere Ernährung. Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, um Seuchen und andere Gefahren präventiv abzuwenden. Der Schutz der Wildbienen muss explizites Ziel der Landwirtschafts- und Umweltpolitik des Landes werden.

8. Umweltgerechte Mobilität

Radwege sind von hervorzuhebender Priorität, auch im ländlichen Raum. Straßen sollen so umweltschonend wie möglich ausgebaut werden. Straßenneubau und Straßenverbreiterungen sollen nur nach eingehender Notwendigkeitsprüfung vorgenommen werden.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist besonders förderwürdig und soll ausgebaut werden. In einzelnen Gemeinden soll geprüft werden, ob eine kostenlose Bereitstellung des ÖPNV für SchülerInnen, Studierende, Rentner und Arbeitslose bzw. für alle Einwohner finanziell machbar ist. Langfristig sollen öffentliche Verkehrsmittel möglichst kostenfrei für möglichst alle Einwohner zur Verfügung stehen. Wir möchten zudem eine stärkere Flexibilität des ÖPNV, etwa durch Anrufsammeltaxis. Car-Sharing-Konzepte möchten wir fördern und für diese in den Kommunen und Unternehmen werben.

Wir möchten vermehrt verkehrsberuhigte Zonen in den Städten einrichten und ausbauen sowie Tempolimits auf Straßen und Autobahnen beibehalten und herabsetzen. Geschwindigkeitsüberschreitungen sollen vehementer verfolgt und geahndet werden. Wir möchten Alleen erhalten und ausbauen und mehrere tausend neue Bäume entlang von Straßen pflanzen.

9. Konsequenter Naturschutz

Der Schutz der Natur, unserer Umwelt und der gesamten Mitwelt, ist eines unser wichtigsten Anliegen. Dies ist für uns nicht nur Mittel für Zwecke des menschlichen Wohlbefindens, sondern die Natur besitzt einen eigenen Wert, der unabhängig von menschlichen Präferenzen schützenswert ist. Daher setzen wir uns für konsequenten Umweltschutz ein, der sich im Zweifel immer für den Erhalt natürlicher Ökosysteme entscheidet und nicht für Profitgier und Desinteresse des Menschen. Der Klimaschutz soll bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Die Agenda „Nachhaltige

Entwicklung in MV“ und der Aktionsplan „Klimaschutz“ sind die Basis der ökologischen Ziele, die wir darüber hinaus weiter entwickelt wissen wollen.

Wir möchten, dass Artenschutz und biologische Vielfalt eine bedeutende Stellung in der Landespolitik einnimmt, womit auch das touristische Profil des Landes geschärft werden kann. Hinzu kommen soll ein umfassender Aktionsplan „Umweltbildung“ kommen, der noch mehr geführte Touren für Urlauber, Bürger und Schüler konzipieren und umsetzen soll.

Die hohen Nährstoffeinträge belasten unsere Gewässer massiv, weshalb wir größere als die bisherigen Schutzzonen fordern. Generell ist strenger darauf zu achten, dass die Landwirtschaft stärker auf Naturschutzbelange Rücksicht nimmt. Das Land soll ehrenamtliche und selbstorganisierte Säuberungsaktionen an Gewässern und in Wäldern aktiv stärken und fördern. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen können die Belastungen der Umwelt mit Plastikmüll, und weiteren, teilweise hochgefährlicheren Hinterlassenschaften, reduziert werden.

Die Trinkwasserversorgung darf ebenso wie die Abfallentsorgung nicht privatisiert werden, da ansonsten riskiert wird, dass öffentlich geforderte Umweltschutzstandards aufgrund von finanziellen Zielen oder Zwängen unterlaufen werden. Recycling und Abfallvermeidung sollen stets Priorität vor Verbrennungsanlagen und Ressourcenverschwendung haben. Rekommunalisierungen der Abfallwirtschaft unterstützen wir ausdrücklich.

10. Frühe Bildung und bessere Schulpolitik

Bildung ist der Schlüssel zum Verstehen der Welt und die Grundlage für die Fähigkeit, Mitgefühl zu lernen und aus ihr Schlussfolgerungen zu ziehen. Daher ist Bildung für uns zentral, um den gesellschaftlichen Wandel hin zu einem solidarischen, empathischen Miteinander. Bildung muss für jeden Menschen gleichermaßen zugänglich sein und darf

keinen Einschränkungen ausgesetzt sein, nicht aufgrund der Herkunft, nicht aufgrund des Einkommens, nicht aufgrund gesundheitlicher, mentaler oder körperlicher Verschiedenheit.

Wir wollen, dass individuelle Chancen ergriffen werden, dass sich auf die Möglichkeiten des einzelnen Menschen konzentriert wird, statt Auslese zu betreiben und Unterschiede als Nachteile hingenommen werden. Daher möchten wir längere gemeinsame Bildungswege und die Inklusion fördern und die Investitionen in Bildung deutlich anheben. Einsparungen im Bildungsbereich lehnen wir strikt ab und möchten stattdessen eine Ausweitung der frühkindlichen Bildung, der Schulfinanzierung und mehr Geldmittel für die Hochschulen des Landes. Wir wollen, dass verstärkt PädagogInnen ausgebildet werden und neue erziehungswissenschaftliche Ansätze entwickelt und erprobt werden. Gerade angesichts der Inklusionsbemühungen braucht unser Bundesland mehr und besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Wir möchten, dass jedes Kind jeden Alters einen Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung hat und diesen wahrnehmen kann. Eine finanzielle Belastung der Eltern sehen wir grundsätzlich kritisch und fordern Beitragsfreiheit für alle Bildungseinrichtungen. Die Kosten langer Schulwege sollen grundsätzlich nicht den Familien auferlegt, sondern müssen vom Land übernommen werden.

In den Schulen muss verstärkt für die Bildungswege in Mecklenburg-Vorpommern geworben werden. Die Hochschulen und Berufsschulen sollen sich deutlicher in den Schulklassen vorstellen und für sich werben. Die Bundeswehr hat jedoch in Schulen Werbung zu unterlassen.

In den Schulen sollen ethische, ökologische und soziale Inhalte verstärkt im Lehrplan berücksichtigt werden. Hierzu gehören die Themen Globalisierung und Regionalisierung, Nachhaltigkeit, Fairer Handel, Menschenrechte und Rassismus/Diskriminierung, Veganismus und Tierrechte, Solidarische Ökonomie und Wachstumskritik.

11. Aufwertung der Berufsausbildung

Das Duale System Deutschlands ist ein Erfolgsmodell und soll erhalten bleiben und ausgebaut werden. Jeder Jugendliche soll einen Rechtsanspruch auf Ausbildung erhalten, da wir es uns nicht leisten können, versteckte Talente unentdeckt zu lassen und Jugendliche aufzugeben. Ausbildungsabbrecher sollen in besonderen Förderprogrammen dazu gebracht werden, ihre Stärken und Schwächen zu analysieren, so dass sie Erfolgserlebnisse bemerken und ihre Ziele definieren können.

Weitere betriebliche Ausbildungsplätze müssen geschaffen werden, überbetriebliche Ausbildungen weiter ausgebaut werden. Berufsschulen dürfen nicht noch weiter geschlossen oder zusammengelegt werden, da dies Vernachlässigungen der Jugend ganzer Regionen zur Folge hat. Der Fachkräftemangel ist aufgrund des demografischen Wandels dramatisch und wir müssen uns bewusst machen, dass gestrichene Investitionen in der Berufsbildung später ein Vielfaches an Know-how, Wirtschaftskraft und innovativen Ideen kosten wird. Eine weitere Zentralisierung und Ausdünnung der Berufsschulen muss aufgehalten werden, der Personalabbau muss rückgängig gemacht werden.

Ausbildungslasten müssen fair verteilt werden und die Förderpolitik des Landes soll die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen mit berücksichtigen. Die Verwaltungen des Landes und der Kommunen sollen Vorbildfunktionen übernehmen und noch stärker selbst ausbilden und die Qualität und Praxisnähe ausbauen. Fahrtkosten und Internate für Auszubildende müssen vom Land generell in weit höherem Maße als bislang übernommen werden. Das Ziel muss sein, dass Mecklenburg-Vorpommern über die Landesgrenzen hinaus attraktiv für Auszubildende bundesweit wird.

Die berufliche Weiterbildung ist uns sehr wichtig und wir möchten eine stärkere Nutzung des Bildungsurlaubs erreichen. Hierfür muss das Landesbudgets erhöht und die bisherigen bürokratischen Hürden abgeschafft werden. Lebenslanges Lernen soll eine wichtige Leitlinie der Bildungspolitik des Landes werden. Fernstudienlehrgänge und Methoden des Blended Learning müssen wesentlich stärker im Bewusstsein von

Bildungseinrichtungen und Bildungsinteressierten verankert werden. Volkshochschulen möchten wir unterstützen und Kursangebote ausweiten und Teilnehmergebühren stützen. Der Zugang vom Berufsleben in Hochschulstudiengänge muss vereinfacht werden, etwa durch noch leichtere Anerkennung von Berufspraxis als Hochschulzugangsberechtigung. IHK-Abschlüsse sollen ebenfalls ausgebaut werden.

12. Hochschulen stärken und bessere Studienbedingungen

Die Hochschulen unseres Bundeslands sind unser Aushängeschild und lockt viele junge Menschen aus den anderen Bundesländern und dem Ausland an. Rund die Hälfte der Studienanfänger an den Universitäten kommt aus den Alten Bundesländern. Nur wenn wir diese Fachkräfte auch hierbehalten können, kann unser Land ideell und wirtschaftlich vorankommen. Die Verbesserung der Bedingungen für das Masterstudium und der konkreten Arbeitsmarktchancen sowie günstiger Wohnraum und eine lebendige Kulturszene sind hierfür der Schlüssel. Studiengebühren lehnen wir rigoros ab. Wir wollen, dass sich das Land für ein höheres und elternunabhängiges BAföG einsetzt.

Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern halten wir für falsch und fordern, dass sich das Land dafür einsetzt, dass Bildungsgerechtigkeit im gesamten Bundesgebiet herrscht, so dass Bildungsniveaus nicht durch unterschiedliche Gesetze oder Finanzausstattungen auf Bundesländerebene abhängig sind. Vielmehr fordern wir einen gesonderten Länderfinanzausgleich für den gesamten Bildungsbereich. Die Hochschulautonomie möchten wir stärken und mehr Verantwortung und Selbstbestimmung für die Hochschulen durchsetzen. Schließungen und Kürzungen von Instituten und Lehrstühlen lehnen wir ab. Der Zuwachs des Finanzierungskorridors muss deutlich erweitert werden und Hochschulen müssen als Bauherren auftreten dürfen. Wir fordern eine hundertprozentige Ausfinanzierung der Hochschulen.

Um die komplexen Herausforderungen unserer Gesellschaft in Bereichen wie der sozialen Gerechtigkeit, der Energiewende oder der Umstellung der Forschung auf tierversuchsfreie

Methoden zu meistern, brauchen wir gut ausgebildete junge Akademiker, die gelernt haben, selbstständig, problemlösungsorientiert und innovativ zu denken und zu handeln. Dazu ist eine gute finanzielle und strukturelle Förderung der Universitäten und Hochschulen unerlässlich. Doch diese sind oftmals unterfinanziert. Die Ausbildung der Studierenden, verantwortungsvolle Hauptaufgabe der Hochschulen, wird häufig auf befristet angestellte und schlecht bezahlte studentische Hilfskräfte oder Lehrbeauftragte abgewälzt, während ProfessorInnen teilweise eher damit beschäftigt sind, Verwaltungsaufgaben zu bearbeiten oder Drittmittel einzutreiben.

Um die Qualität der Lehre zu verbessern, muss eine verlässliche Finanzierung der Universitäten und Hochschulen gesichert werden. Der Hochschuldidaktik muss ein höherer Stellenwert zukommen, sowohl durch finanzielle Anreize als auch durch strukturelle Änderungen. Bei der Berufung von ProfessorInnen beispielsweise muss mehr Wert auf didaktische Fähigkeiten als auf Forschungserfolge und das Eintreiben von Fördergeldern gelegt werden. Außerdem müssen Lehrende in ihrem Arbeitsalltag die Zeit haben, innovative Lehrkonzepte zu entwickeln, die Verständnis, Motivation und Selbstständigkeit der Studierenden fördern, sowie auf individuelle Bedürfnisse der Studierenden einzugehen. Gute, anspruchsvolle Lehre kann vor allem durch eine Stärkung des universitären Mittelbaus erreicht werden. Anstelle von befristeten, oft prekären Arbeitsverhältnissen müssen mehr unbefristete Stellen für talentierte DozentInnen geschaffen werden. Damit Nachwuchswissenschaftler früher eigenständig forschen und lehren können, brauchen wir zudem mehr Juniorprofessuren.

Die Umsetzung der tiefgreifenden Bologna-Hochschulreform mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge weist einige Schwächen auf. Studierende leiden unter der Fülle an Lernstoff und einer unnötig hohen Prüfungsdichte. Diese muss reduziert werden, damit die Studierenden genug Freiraum für eigenständiges Lernen und Denken, eigene Schwerpunkte und den Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin haben. Auch für Auslandsaufenthalte und Praktika müssen Studierende in Zukunft wieder mehr Zeit haben. Grundlagen- und Methodenkenntnis muss Vorrang haben vor allzu großer Fokussierung auf das Lernen fachlicher Definitionen. Wichtig ist außerdem, dass

Studierende, die erfolgreich ihr Bachelor-Studium absolviert haben, Anspruch auf einen Masterstudienplatz erhalten. Nur so kann der Studienstandort Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb um die klügsten Köpfe gestärkt werden.

Auch die Situation der Promovierenden ist verbesserungswürdig. DoktorandInnen leisten einen erheblichen Beitrag zu Forschung und Lehre an den Universitäten, der entsprechend honoriert werden muss. Wir fordern deshalb eine ausreichende, einheitliche Bezahlung sowie soziale Absicherung für DoktorandInnen.

Eine Privatisierung von Bildung sehen wir äußerst kritisch, lehnen sie weitestgehend ab, und eine Stärkung von privaten Hochschulen oder Privatisierungen von Instituten darf es entweder gar nicht oder nicht ohne strengste soziale Auflagen geben. Ausgründungen und Existenzgründungen befürworten wir, wenn damit sozialer und ökologischer Fortschritt einhergeht. Existenzgründungsbüros in Anbindung an Hochschulen möchten wir fördern und wollen hierfür eine Landeskoordinationsstelle, die sich aktiv um Beratung und Einwerbung von Mitteln kümmert für innovative Gründer in unserem Land. Wir möchten Transparenz für Drittmittel erreichen und halten eine Datenbank für wichtig, in der sämtliche Informationen aller eingeworbenen Mittel enthalten und öffentlich einsehbar sind.

Wir fordern eine Zivilklausel, die es Hochschulen im Land untersagt, Rüstungsforschung oder Forschung, die in- oder ausländischem Militär zugute kommt, zu betreiben. Die aktive Integration von Geflüchteten in Hochschulen soll zudem ausgebaut werden. Die Ausbildung von syrischen, irakischen oder afghanischen Studierenden zu Ärzten, Ingenieuren oder Ökonomen ist neben den Zielen der Integration insbesondere auch wichtig für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Länder.

Zudem möchten wir darauf hin wirken, dass Alternativen zu konventionellen Tierversuchen erforscht und angewandt werden, da diese zuverlässigere Ergebnisse versprechen und unnötiges Tierleid verhindern. Der Ausbau von veganen Hochschulen ist voranzutreiben

und in allen Bereichen von Beschaffung und Versorgung sowie beim Studienangebot (Human Animal Studies, Tier- und Umweltethik, Nachhaltigkeit) zu berücksichtigen.

13. Kulturpolitik für Alle

Der Zugang zu Kunst und Kultur für alle Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Eine feste Verankerung der Kulturförderung in den Zielen des Landes ist richtig und wir setzen uns dafür ein, dass dies konsequent umgesetzt wird. Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen sowie den Kulturschaffenden, den Vereinen und Verbänden sowie den privaten und kommerziellen Kulturinstitutionen möchten wir eine transparente und gut finanzierte Kulturpolitik ermöglichen. Neben Museen, Theatern, Bibliotheken und Medien möchten wir aber auch die freie und alternative soziokulturelle Szene stärken. Auch die vielen Ehrenamtlichen müssen in der Kulturpolitik Berücksichtigung finden, weshalb wir lokale Kulturbeiräte mit Kulturbeauftragte einrichten, die sich gezielt dem Erhalt, der Förderung, der Ausweitung und der Zugänglichkeit von Kunst und Kultur vor Ort widmen und ihre Empfehlungen an die politischen Gremien weitergeben oder auch eigene Budgethoheit erhalten. Insbesondere soll somit die alternative Kulturszene, und hierbei insbesondere im vernachlässigten ländlichen Raum, Stärkung erfahren.

Schulen sollen ein Kulturbudget erhalten, mit dem sie Musikinstrumente, Theaterspiele, Konzerte und Lesungen eigenständig organisieren können. Stadt-, Stadtteil- und Schulbibliotheken müssen ausgeweitet und Online-Leihen für alle SchülerInnen ermöglicht werden. Eine Digitalisierungsoffensive ist hierfür nötig, an der sich Mecklenburg-Vorpommern beteiligen muss. Dies gilt ebenso für Museen und Ausstellungen, die ihre Archive digitalisieren sollten. Insbesondere archäologische und wissenschaftliche Sammlungen und Archive müssen digital katalogisiert und optisch digitalisiert werden. So kann der Zugang erweitert und der Bestand für kommende Generationen gesichert werden.

Mecklenburg-Vorpommern benötigt zudem ein archäologisches Landesmuseum, das ausreichend finanziell ausgestattet ist. Die touristisch wertvolle Architektur (Schlösser, Gutshäuser, Burgen, Klöster, Backsteingotik) muss vor dem Verfall gerettet werden. Hunderte Objekte sind in Gefahr, für immer verloren zu gehen, etliche sind bereits unrettbar verloren, was für ein Touristenland nicht hinnehmbar ist.

Das Niederdeutsche und regionale Traditionen und Kenntnisse sollen gestärkt werden und in allen Bildungsbereichen stärker vermittelt werden. Internationalismus und Interkulturalität sollen Maßstab des Zusammenlebens sein, Aufklärung gegen Rassismus und Nationalismus und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ist für uns wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Kultur. Kulturprojekte mit Bezug zu demokratischen und freiheitlichen Grundwerten sollen daher verstärkt gefördert werden, insbesondere mit Bezügen zu den Verbrechen in der deutschen Geschichte.

Sportvereine für den Jugend-, Senioren- und Breitensport sowie die Sportmedizin möchten wir besonders fördern. Wir sind der Überzeugung, dass sportliche Betätigungen Gesundheit und sozialen Zusammenhalt fördern. Daher möchten wir den Sport über alle Jahrgänge hinweg unterstützen und ihn auch im Rahmen von touristischen Highlights oder karitativen Projekten stärken.

Medien müssen unabhängig und transparent agieren. Die Pressefreiheit gilt es unbedingt zu wahren, die Medienkompetenzen in der Bevölkerung zu schärfen. Dies gilt insbesondere für die Neuen Medien. Wir möchten, dass finanzielle Verflechtungen und Abhängigkeiten offengelegt werden und wir halten es für außerordentlich wichtig, hetzerische und verleumderische Nutzung von Medien zu verhindern. Der Rechtsstaat hat die Meinungsfreiheit als auch den Schutz von Menschen- und Persönlichkeitsrechten zu schützen.

14. Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut

Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland, dass mit am stärksten durch die Existenz von Kinderarmut geprägt ist. Dieses Armutszeugnis im wahrsten und schrecklichsten Sinne des Wortes gilt es zu bekämpfen. Da Kinderarmut eine soziale Ungerechtigkeit ist, die komplett unschuldige Menschen trifft, die keinerlei Verantwortung für ihre Situation haben, müssen hier wirkungsvolle und breit angelegte Kampagnen und gesetzliche Maßnahmen greifen, da ansonsten Zukunftschancen verunmöglicht wird und Armut weitere Armut erzeugt. Wir wollen komplett kostenfreie Bildung für Kinder und kostenfreie Essensversorgung in Kitas und Schulen, die zudem qualitativ hochwertig ist. Kinderrechte und die Bekämpfung von Kinderarmut muss in das Grundgesetz aufgenommen werden, wofür sich unser Bundesland einsetzen soll.

Das Wahlalter soll deutlich gesenkt werden, für Landtagswahlen streben wir das Mindestalter von 16 Jahren an. Langfristig müssen Konzepte umgesetzt werden, wie Kinder indirekt und auch persönlich politisches Stimmgewicht erhalten können. Das Prinzip, dass die Stimmlosen eine Stimme erhalten sollen, ist wesentliche Grundlage unseres Selbstverständnisses als Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

Wir möchten Jugendsozialarbeit weiter erhalten und ausbauen und nehmen Mittelkürzungen in diesem Bereich nicht hin. Wir möchten Mehrgenerationenhäuser fördern, in denen Wohnprojekte und Freizeittreffs eingerichtet sind und intergenerationelles Zusammenleben stattfinden kann.

Die Rente mit 67 sehen wir kritisch und befürworten andere Modelle des gleitenden Übergangs in die Altersruhe. Die Altersarmut, insbesondere in den östlichen Bundesländern vorherrschend, möchten wir reduzieren. Das Programm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" soll weiter entwickelt werden.

15. Soziale Behindertenpolitik

Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht die Gleichbehandlung aller Menschen vor, was uns ein wichtiges Anliegen ist. Daher befürworten wir Inklusion und alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, dass sich behinderte Menschen nicht ausgeschlossen fühlen und sich aufgrund von Gegebenheiten, die für Nichtbehinderte konzipiert worden sind, faktisch nicht am Zusammenleben beteiligen können. Barrierefreiheit muss umfassend geschaffen werden, was nicht nur öffentliche Einrichtungen betrifft, sondern weit hinein in das Bewusstsein der Bürger vordringen und praktisch umgesetzt werden muss. Das Landesbehindertengleichstellungsgesetz ist weiter zu entwickeln und den aktuellen Anforderungen an eine behindertenfreundliche Gesellschaft angepasst werden. Die Streichung des Landesblindengelds lehnen wir ab und fordern stattdessen bedarfsgerechte Finanzierung von Menschen mit Behinderungen. Behindertenwerkstätten haben fest Plätze in der Wirtschaft gefunden und werden weithin akzeptiert. Diese Erfolgsgeschichten möchten wir fortsetzen und Projekte und Unternehmen mit und für Behinderte unterstützen.

Wir möchten eine Beratung für pflegebedürftige und behinderte Menschen, die sich neutral und kompetent mit den Formalitäten der Betroffenen befasst, so dass sie nicht aufgrund mangelnden Zugangs zu Informationen Nachteile erleiden müssen. Pflegeeinrichtungen sollen besser ausgestattet werden und die gesetzlichen Vorgaben zugunsten des Pflegepersonals als auch der zu Pflegenden deutlich verbessert werden.

16. Minderheitenförderung und Gleichstellung

Wir treten ein für eine konsequente Gleichstellungspolitik und befürworten Gender Mainstreaming. Wir möchten, dass Frauen gefördert und auf ihre Vorstellungen zur Gleichberechtigung gesellschaftlich und politisch eingegangen wird. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen soll deutlich erhöht werden, wobei öffentliche Einrichtungen mit gutem Beispiel voran gehen sollen. Eine Quotenregelung für Verwaltung, Politik,

Wissenschaft und öffentliche Unternehmen kann hier gute Erfolge erzielen. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist für uns selbstverständlich und soll leitendes Prinzip in allen Bereichen sein. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts müssen in allen Bereichen und in jedem Alter erkannt und beseitigt werden.

Der Kampf gegen Homophobie ist wichtig und muss vom Land aktiv unterstützt werden. Minderheiten sollen integriert werden und jede Form von Rassismus, also die Diskriminierung aufgrund von unabänderlichen persönlichen Merkmalen, muss verhindert werden. Zur Aufklärung von Benachteiligungen aufgrund eines Andersseins soll das Land stärker und proaktiver beitragen. Menschen mit Migrationshintergrund, gleich, ob Flüchtling oder aus anderen Gründen hier lebend, sollen grundsätzlich ein gleichwertiges Leben führen können. Wir möchten ein weltoffenes, buntes und tolerantes Land sein und mit diesem positiven Image für uns werben. Nur so hat Mecklenburg-Vorpommern Zukunftschancen. Die dezentrale Unterbringung für Flüchtlinge halten wir für erstrebenswert und eine Residenzpflicht für unnötig. Unser Bundesland soll sich für die Abschaffung jeglicher Diskriminierungen von Flüchtlingen einsetzen und Vorreiter bei der Integration von Menschen aus anderen Ländern sein. Die Regionalzentren für Demokratie und die Opferberatungsstellen sollen weiter umfassend finanziert werden. Rechtsextremismus und nationalistische sowie rassistische Ansichten jeder Form dürfen keine politische Macht erhalten.

17. Bezahlbare Wohnungen

Wohnen ist ein Menschenrecht, das möglich gemacht werden muss für alle Menschen. Bezahlbarer Wohnraum muss geschaffen werden, wofür lokale Mietpreisbremsen ein geeignetes Mittel darstellen, insbesondere, wenn sie mit sozialem Wohnungsbau einhergehen. Die Bundes- und Landesmittel hierfür müssen voll ausgeschöpft werden. Kommunale Wohngesellschaften sind in der besonderen Pflicht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Wohngeld muss fortlaufend angepasst werden an die realen

Kostenentwicklungen, etwa den Heizkosten. Für Bezieher von ALG II und Sozialhilfe sollen die tatsächlichen Wohnkosten direkt von ihren Bezügen bezahlen können.

Mietspiegel und Betriebskostenspiegel sollen häufiger und flächendeckender erstellt werden, wofür das Land finanzielle Unterstützung gewährleisten muss. Privatisierungen und Teilprivatisierungen von kommunalen Wohnungsgesellschaften lehnen wir deutlich ab. Genossenschaften und solidarische Wohnprojekte sollen gefördert und gestärkt werden.

18. Stärkung der Kommunalpolitik vor Ort

Wir wollen, dass die bürgernächste Ebene der Politik eine wichtigere Rolle einnimmt. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und Landkreise muss erhöht und ihre finanziellen Entscheidungsspielräume ausgeweitet werden. Bürgerhaushalte sollen angeregt und wirklich bürgernah und mit Entscheidungsbefugnis für die Einwohner umgesetzt werden. Sparkassen und kommunale Wirtschaftsunternehmen sollen stets Vorrang vor nationalen oder internationalen Großkonzernen haben. Die nachhaltige, soziale und risikoarme Vorgehensweise in der Unternehmenspolitik mit Fürsorge für die Einwohner soll bestimmend sein und nicht der Gier nach Profiten weichen. Wir möchten generell aber eine Vielfalt von kommunalen Ansätzen haben und wünschen uns mehr Mut vor Ort, auch ungewöhnliche Konzepte umzusetzen.

19. Förderung des Veganismus

Krebs und Herzkreislauferkrankungen zählen zu den häufigsten Todesursachen (gem. Statistischem Bundesamt). Diese Zivilisationskrankheiten sind wie z. B. auch Alzheimer, Diabetes, Impotenz, Arthrose und Übergewicht zu einem Großteil bedingt durch den Konsum von Tierprodukten. Studienergebnisse kommen immer wieder zu dem Schluss, dass die vegane Ernährung die gesündeste ist. Zudem erreicht die Mehrheit der Deutschen nicht einmal die Empfehlungen hinsichtlich des täglichen Konsums von Obst

und Gemüse. Gemäß der amerikanischen Academy of Nutrition and Dietetics, der weltweit größten und renommiertesten Gesellschaft für Ernährung sollte die Hälfte der täglichen Mahlzeiten aus Obst und Gemüse bestehen. Betrachtet man die Speisepläne in vielen Kantinen, so stellt sich vor diesem Hintergrund ein fatales Bild dar: 2 von 3 Gerichten sind Fleischgerichte.

Unter ökologischen und ethischen Gesichtspunkten erweist sich die vegane Ernährung als schmackhafte und bekömmliche Alternative zu Gewohntem. Die Umweltbilanz fällt bei der Produktion von tierlichen Nahrungsmitteln hinsichtlich Wasserverbrauch, Flächenverbrauch und langen Transportwegen wesentlich schlechter aus als bei der Produktion pflanzlicher Nahrung. Deshalb muss jeder Kantinennutzer täglich zwischen herkömmlicher und veganer Ernährung wählen können.

In unserer Gesellschaft wird zu Recht ein zunehmend kritischer Anspruch an das Thema Gesundheit und Ernährung gestellt. Das Gut, das wir zum Leben am vordringlichsten benötigen, ist eine intakte gesundheitliche Verfassung, physisch und mental. Hierfür sind nicht nur eine förderliche Lebensführung wichtig, sondern auch die Grundlagen, die unsere körperlichen Ressourcen bilden.

Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, werden die Einführung eines Gesundheits- und Ernährungsunterrichts an Schulen fördern und klar vertreten, denn wir sind davon überzeugt, dass ein Bewusstsein für die eigene gesunde Ernährung und die Prävention zur Erhaltung unserer Gesundheit bereits im Kindesalter gefördert werden müssen.
Die heutigen Erkenntnisse zur gesunden Ernährung, unter Berücksichtigung einer zunehmend unvertretbaren Massenproduktion von Nahrungsmitteln, ist so weit fortgeschritten und gleichzeitig mangelt es immer öfter an gesunder Ernährung schon bei jungen Menschen, zumal auch das Angebot an Fastfood und Fertiggerichten einen immer größeren Markt findet.

Ein Gesundheits- und Ernährungsunterricht bietet Platz für eine Vielzahl von Themen, welche gerade für Kinder und Heranwachsende eine wichtige Rolle spielen. Drogen wie

Alkohol, die richtige Ernährung, Sport und die körperliche Entwicklung sind gerade bei jungen Menschen sehr wichtige Erfahrungen, mit denen ein angemessener Umgang zu vermitteln ist. Kompetente Fachkräfte wie Ernährungsberater, Drogenbeauftragte, Tierschutzbeauftragte mit spezieller Befähigung zur Unterrichtung an Schulen und Lehrkräfte, die Schüler und Schülerinnen altersgerecht informieren und den Grundstein für die Zusammenhänge zwischen Mensch, Tier und Umweltvermitteln, sind bereits existente Projekte, die wir gerne als Unterrichtsform intensiv fördern möchten.

20. Tierrechte und Abschaffung der Massentierhaltung

Unser deutsches Recht ist so aufgebaut, dass nur der klagen kann, dessen eigene Rechte verletzt wurden. Tiere können vor Gericht nicht aussagen, darum brauchen sie einen Stellvertreter. Anerkannte Tierschutzorganisationen können für die Tiere sprechen, wenn ein uneingeschränktes Verbandsklagerecht (mit der Möglichkeit auf Feststellungsklage) auf Landes- und Bundesebene eingeführt wird. Derzeit sind Tiernutzer im Vorteil, weil sie in ihren eigenen Rechten betroffen sind und dadurch Klagerecht haben. Doch für die betroffenen Tiere darf niemand Klage erheben, weil die Tierschutzorganisationen nicht direkt selbst betroffen sind und die Tiere nicht selbst ihre Stimme erheben können. Das uneingeschränkte Verbandsklagerecht ist eine der zentralen Forderungen unserer Partei!

Undercover-Recherchen bringen es immer wieder an den Tag: Die hinter hohen Mauern durchgeführte Schlachtung lädt zu Misshandlungen der schutzlosen Wesen ein. Schlecht ausgebildetes Personal ist überfordert mit dem Umgang seiner angesichts des bevorstehenden Todes panischen Opfer und dem herrschenden Akkordtöten. Hier ist Transparenz gefordert. Eine mögliche Teilnahme der Öffentlichkeit sorgt für Aufklärung darüber, welchen Produktionsprozess das später verpackte Stück Fleisch aus dem Supermarkt durchlaufen muss.

Tierversuche sind nicht auf den Menschen übertragbar und werden daher von uns abgelehnt. Die Ursachen menschlicher Krankheiten bilden keinen Zusammenhang mit den

Resultaten von Versuchen mit künstlich geschädigten Tieren. Der Versuch am Tier dient nicht zuletzt dazu, Regressforderungen abzuwehren, wenn Schäden beim Menschen, z.B. durch Medikamente, entstehen. Die Methode Tierversuch verursacht Schmerzen, physische und/oder psychische Leiden und Schäden und endet mit dem Tod der Versuchstiere. Die missbrauchten Tiere sind zudem oft Wildfänge, die ihrem Sozialgefüge entrissen wurden, was somit zum Artenschwund beiträgt. Noch immer wird in unserem Bundesland mit diesen nicht zeitgemäßen Methoden geforscht. Durch die Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe für sinnlose Tierversuche bleibt zu wenig für die Erforschung alternativer Methoden (bildgebende Verfahren, Zellkulturen, Bio-Chips). Die Schädlichkeit von Substanzen kann in tierversuchsfreien Verfahren sehr viel eindeutiger und schneller festgestellt werden. Pestizide und Herbizide sollen generell nicht mehr genehmigt werden. Ursachenforschung statt immer wiederkehrende Versuche an künstlich krank gemachten schwächeren Lebewesen, ist das Mittel der Wahl einer nachhaltigen Denkweise. Dass dieser moderne und zeitgemäße Wissenschaftszweig gefördert wird, dafür setzen wir uns ein. Fortschritt bedeutet für uns, alte Wege, die sich nachweislich nicht bewährt haben, zu verlassen und ethische Verantwortung gegenüber allen Lebewesen zu übernehmen.

In der industrialisierten Tierhaltung leben und sterben allein in Deutschland über 830 Mio. Tiere pro Jahr (Stand 2013; exkl. Fische in Aquakultur). Die Tiere werden gewaltsam den Haltungsformen angepasst: Hörner, Ringelschwänze, Schnäbel und Zähne werden ohne Betäubung gekürzt/abgetrennt. Wesentliche Grundbedürfnisse der Tiere werden ignoriert und ihre Bewegungsfreiheit wird in quälerischem Ausmaß erheblich eingeschränkt. Um die Tiere unter den schlechten Bedingungen am Leben zu halten, erhalten sie routinemäßig Antibiotika. Der Weg zur Schlachtbank ist ein weiterer Schritt des Grauens über lange Transportwege bis hin zum Schlachthof. Tiere aus der Biohaltung nehmen häufig keinen „besseren“ Abgang aus dem Leben. Skandale über Putenmastbetriebe und ähnliche Formen der Massentierhaltung wurden in letzter Zeit regelmäßig in der Presse thematisiert.

Mecklenburg-Vorpommern soll kein Land der Massentierhaltung bleiben! Betriebe, die auf bio-vegane Landwirtschaft umstellen, sollen eine ausreichend Form der Subventionierungerhalten, um diese Umstellung zu ermöglichen. Neue Genehmigungen für Tierhaltungs- oder -tötungseinrichtungen lehnen wir ab. Betriebe, die noch Tierhaltung betreiben, müssen diese so artgerecht wie möglich machen. Das bedeutet, dass die Tiere im ganzjährigen Familienverbandleben, sprich weibliche und männliche Tiere leben im Herdenverband zusammen. Ebenso bleiben die Kälber bei ihren Müttern (und trinken ihre eigene Milch), so dass eine möglichst natürliche Lebensweise beibehalten wird. Solange Schlachtungen noch nicht ganz abgeschafft sind, sollen sie nur noch so durchgeführt werden dürfen, dass Schmerzen, Angst und Leid für das zu schlachtende Tier und seine Herdenmitglieder vermieden werden. Dies ist nur möglich durch eine Betäubung auf der Weide und einen Abtransport ohne Bewusstsein. Der Tod wird am betäubten Tier in einer mobilen Schlachtbox herbeigeführt. Diese möglichst leidarm gewonnenen Tierprodukte, die nicht auf Masse ausgerichtet sind, helfen nicht nur Tierleid zu vermindern, sie führen auch zu deutlich höheren Preisen für Tierprodukte. Dies regt ein neues Bewusstsein im Umgang mit Lebensmitteln an.

Natürlich sind Tierprodukte wie Fleisch, Milch und Eier aus solchen auf weniger Tierleid ausgerichteten Betrieben gesundheitlich oder ethisch nicht völlig unbedenklich, aber deutlich unkritischer als aus Massentierhaltung. Ein aus dem Preisanstieg resultierender Konsumrückgang von Tierprodukten wird zudem Krankheiten wie Krebs, Schlaganfälle, Alzheimer, Diabetes, Impotenz und Fettleibigkeit deutlich verringern.

Jährlich werden in Deutschland ca. 40 Millionen frisch geschlüpfte Küken in industriellen Zuchtbetrieben auf grausame Weise im Schredder oder durch Kohlenmonoxid getötet. Weil sie männlich sind, niemals Eier legen werden und auch nicht die geforderte Masse an Brustfleisch zulegen können, sind sie für die Eier- und Fleischindustrie unrentabel. Dieser lebensverachtende Umgang mit fühlenden Wesen ist nicht länger hinnehmbar. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert deshalb ein sofortiges Ende des grausamen Kükenmordes. Solange Tiere noch ausgebeutet werden, dürfen sie zumindest nicht aus der reinen Profitmaximierungsgesinnung getötet werden, denn dies ist bereits laut dem

geltenden Tierschutzgesetz kein "vernünftiger Grund". Die Eier- und Fleischindustrie muss daher andere Wege finden, z. B. indem nicht mehr auf Höchstleistungen gezüchtet wird, sondern auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Fleischansatz und Anzahl gelegter Eier pro Jahr. Mecklenburg-Vorpommern soll daher auf Importe, die auf Kükenmord basieren, verzichten und selbst diese Praxis nicht zulassen.

Die Verwendung von Ohrmarken führt zu Schmerzen beim Einstanzen, einem hohen Wundinfektionsrisiko und – durch häufiges Ausreißen – zu Schädigungen der Funktionsfähigkeit und weiteren schmerzhaften Prozessen. Als schmerzfreie eindeutige Identifizierungsform wählen fortschrittliche Landwirte mit Tieren in möglichst artgerechter Haltung (beispielsweise im Freilandherdenverband) eine andere Art der Tierkennzeichnung, nämlich mit einem Mikrochip, einem sog. Transponder. Dieser etwa reiskorngroße Chip (12 mm x 2 mm), der zur Kennzeichnung von Pferden bereits gesetzlich vorgeschrieben ist (!) und auch bei Haustieren verwendet wird, kann den Tieren schmerzfrei implantiert werden. Der Chip (ausschließliche Verwendung von Chips nach ISO-Norm) belastet und stört das Tier nicht. Erst beim Ablesen kommt ein Sender ins Spiel. Die Chips gelten als fälschungs- und manipulationssicher. Die einheitlichen Lesegeräte für die Transponder sind nicht nur beim Tiereigentümer, sondern auch bei Veterinärämtern, Tierärzten, Ordnungsämtern und der Polizei vorhanden. Zu jedem Tier werden zusätzlich die von der zuständigen Landwirtschaftsbehörde zugeteilten Ohrmarken und die Rinderpässe in einer Kartei aufbewahrt, in der auch die Geburtsdaten und die im Chip gespeicherte Identifikationsnummer schriftlich vermerkt sind. Landwirte, die diese alternative Methode bei ihren Tieren anwenden, um ihnen unnötige Schmerzen zu ersparen, werden aktuell noch mit einer Streichung sämtlicher Agrarsubventionen bestraft! Hier ist dringend ein Umdenken angesagt. Industrie 4.0 steht vor der Tür und in der Landwirtschaft werden moderne Methoden abgestraft. Durch die Kennzeichnung der Tiere mit Transponder ist das Ziel der EU-Richtlinie (nämlich die jederzeit mögliche Rückverfolgung der Herkunft) vollumfänglich gewährleistet.

Animal Angels berichtet schon seit Jahren über die gravierenden gesundheitlichen Qualen von "Hochleistungskühen". Klassische durch Qualzucht verursachte Erkrankungen sind

insbesondere bei Milchkühen: Lahmheiten auf Grund von Klauen- und Gliedmaßenerkrankungen, Euterentzündungen des viel zu groß gezüchteten Euters, Fruchtbarkeitsprobleme und Labmagenverlagerungen. Erkrankungen spielen für die vielen Milchviehbetreiber nur eine untergeordnete Rolle. Auch viele andere Tierarten leiden unter der Qualzucht in der Nutztierhaltung. So wurde beispielsweise in den Medien die Firma Wiesenhof Geflügel Möckern GmbH wiederholt angeprangert. Um zum Schlachtgewicht zu kommen, brauchte ein Huhn vor ca. 50 Jahren noch zwei Monate. In der industriellen Turbomast wurde das Sättigungsgefühl der Tiere von Züchtern ausgeschaltet und das Wachstum von Muskelfleisch erhöht. Heute muss ein Huhn unter Dauerbeleuchtung ständig essen und kommt innerhalb von 33 Tagen auf 1,6 kg Schlachtgewicht. Bei der Turbomast wachsen die Muskeln schneller als die Knochen, sodass die Tiere oft ihr eigenes Gewicht nicht halten können. Das ist weit entfernt von artgerechter Tierhaltung!

Wildtierpopulationen regulieren sich ohne menschliches Zutun aufgrund von Sozialgefügen sowie Umwelteinflüssen wie Nahrungsangebot und Krankheiten. Durch die Jagd werden stabile Sozialstrukturen zerstört. Zudem werden Wildtiere im Winter oft von Jägern gefüttert. Wildtiere haben kaum noch feste Reviere mit beständiger Paarbindung, sie wandern umher und pflanzen sich unkontrolliert fort. So bedingt die Jagd nicht nur einen Anstieg der Geburtenrate, sondern trägt darüber hinaus zur Verbreitung potenzieller Krankheiten bei. Die Jagd wird häufig als Sport betrieben und ist nur fadenscheinig dem Allgemeinwohl geschuldet. Füchse z.B. sind keine Gefahr für den Artenschutz. Die Jäger hingegen sind neben Lebensraumverlust und schwindendem Nahrungsangebot mit ein Grund für Populationsrückgänge bedrohter Arten wie beispielsweise Auerhuhn oder Feldhase, denn sie töten in Deutschland selbst jährlich mehr als 200.000 Feldhasen. Äcker sind durch ausreichend stabile Zäune zu schützen und nicht durch Jagd.

Ein Zirkusunternehmen kann die Bedürfnisse, die Löwen, Affen, Bären oder Elefanten haben, nicht ansatzweise befriedigen. Tiere im Zirkusfristen ein stumpfes Dasein auf engstem Raum. Ihr Gefängnis dürfen sie nur verlassen, um unter quälerischen Bedingungen entwürdigende Kunststücke, die nicht ihrer Natur entsprechen, zu

erlernen und zur Schau zu stellen. Die Tierquälerei beginnt bereits in der Heimat der Wildtiere. Tierfänger machen Jagd auf Lebewesen aller Arten. Unterhaltung, die auf der Misshandlung von Tieren basiert, darf nicht länger toleriert werden. Nachdem auf Bundesebene trotz zweifachem Entschließungsantrag des Bundesrats (2003 und 2011) keine Handlungsbereitschaft beim zuständigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zu erkennen ist, müssen wir auf Landesebene das Thema entschlossen angehen. Wir fordern landesweit ein Auftrittsverbot auf öffentlichen Flächen für Zirkusdarbietungen mit Tieren. In ca. 20 europäischen Ländern dürfen Zirkusse mit (Wild-)Tieren schon nicht mehr auftreten.

Wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, stehen für konsequente Tierrechte und dies bedingt unter anderem eine verschärfte Einhaltung und Verstärkung der Kontrollen des Tierschutzgesetzes. Der bestehenden Gesetzeslage zum Tierschutz fehlt es bisher weiterhin an Umsetzung und Nachweisbarkeit. Es fehlt die Transparenz, um die bestehenden Missstände aufzudecken und es ist zu befürchten, dass dies in Teilen so beabsichtigt ist. Die Komplexität der Gesetze zum Schutz von Tieren ist immens. Auch dies führt zu unterschiedlichen Wissensständen und Auslegungsunterschieden. Dies darf nicht zum Nachteil von Tieren geschehen. Wir fordern intensivere Kontrollen zur Einhaltung der bestehenden Gesetze zum Schutz von Tieren. Tiere dürfen nicht länger ausgebeutet und ohne Sinn benutzt werden, egal für welche Zwecke. Die bisher erfolgten Reformen waren nur oberflächliche Korrekturen.

21. Finanzierung des Tierschutzes

Für bestimmte Hunderassen gelten strenge Vorschriften: die Hunde werden durch pauschale Gefährlichkeitsunterstellung als sog. „Kampfhunde“ stigmatisiert und in Folge dieser Diskriminierung wird deren Haltung untersagt. Wissenschaftlich ist es unhaltbar, einzelne Rassen generell als gefährlich zu diskriminieren. Die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse ab, sondern von seiner Erziehung sowie den Haltungsbedingungen und damit letztendlich von der Sachkunde des Hundehalters. So

ergab eine Studie, dass Hunde die eine sachgemäße Ausbildung erhielten an 17 % der Beißvorfälle, Hunde ohne Ausbildung an 83 % der untersuchten Beißvorfälle beteiligt waren.

Die Hundesteuer ist eine Aufwandsteuer, die in den Kommunen erhoben wird. Sie dient damit ausschließlich als Einnahmequelle der Gemeinden und kommt weder hundebezogenen Projekten zugute, noch wird sie für die Beseitigung von Hundekot o.ä. verwendet. Eine derartige Steuer wird ausschließlich auf die Haltung von Hunden, nicht auf die Haltung anderer Tiere erhoben. Die Höhe des Steuersatzes ist willkürlich und variiert deutschlandweit von Gemeinde zu Gemeinde erheblich. So stellte die Stiftung Warentest in einem Vergleich von 70 Städten und Gemeinden im Jahr 2015 Beträge zwischen 0 und 186 Euro pro Jahr fest. Die Kommunen haben die Möglichkeit, in ihren Satzungen Regelungen zu Befreiungsmöglichkeiten von der Hundesteuer festzulegen.

Um die Adoption von Hunden aus Tierheimen sowie von Fund- und Straßentieren aus dem In- und Ausland zu unterstützen, setzt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz für die Abschaffung der Hundesteuer für adoptierte Hunde ein. Auf Landesebene wollen wir im Falle von Kommunen, die eine Hundesteuer für adoptiere Hunde erheben, entsprechende Ausgleichszahlungen an betroffene Hundehalter einführen.

Um die artgerechte Haltung von Haustieren gewährleisten zu können, ist es dringend erforderlich, eine Art Haustier-Führerschein einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Mindestmaß an Wissen über die richtige Ernährung, richtiges Verhalten dem Tier gegenüber und ein Verständnis über dessen Bedürfnisse beim künftigen Tierhalter vorhanden ist und somit dem Tier ein würdevolles und gesundes Leben ermöglicht sowie Probleme mit Mitmenschen vermieden werden. Die heutzutage leider triviale Haustieranschaffung muss durch Aufklärung und Nachweis von Wissen über das gewünschte Tier erschwert werden. Nur wer wirklich verstanden hat, was es bedeutet, sich um ein anderes Lebewesen bis zu dessen Tod zu kümmern und dies mit einem Haustier-Führerschein auch belegen kann, sollte die Erlaubnis bekommen, sich ein Tier anzuschaffen. Nur so kann verhindert werden, dass z.B. ein Schäferhund in einer viel zu

engen Mietwohnung gehalten wird, Kleintiere ohne ausreichend Auslauf leben müssen oder Kaninchen falsch ernährt oder einzeln gehalten werden. Bereits vor über 20 Jahren wurde dies vom Tier- und Naturschutzverein (TUN) gefordert und wir fordern dies nach wie vor!

Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung der Tierheime, da diese weit unterfinanziert sind und die letzten Budgetzuweisungen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein waren. Alle Tierheime des Landes sind überfüllt und personell unterbesetzt. Sie sind auf Spenden angewiesen und können kaum langfristig planen. Gnadenhöfe und Tierhorte sollen vom Land großzügig unterstützt werden. Tiertafeln, als Verknüpfung zwischen sozialer Unterstützung für Tierhalter und der aktiven Hilfe für Tiere, die unter Not leiden könnten, sollen Finanzierungshilfen des Landes erhalten.

In Deutschland gibt es mittlerweile etwa 2,5 Millionen Streunerkatzen, die zum großen Teil krank, verwahrlost und unterernährt durch unsere Städte und Gemeinden streifen. Sie alle sind Nachkommen unserer unkastrierten freilaufenden Hauskatzen. Weil die Katzenbesitzer entweder nicht daran denken, ihre Freigängerkatze zu kastrieren bzw. sterilisieren, es Ihnen zu teuer oder es ihnen einfach egal ist, gibt es dieses unsägliche Leid. Die Tierheime quellen über und wissen nicht mehr, wohin mit den vielen Katzen. Engagierte, ehrenamtliche Tierschützer können das Tierleid zwar ein bisschen lindern, in dem sie im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Streunerkatzen einfangen, kastrieren lassen und an der gleichen Stelle wieder aussetzen. Aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, solange gerade die Freigängerkatzen weiter unkastriert die Nachbarschaft unsicher machen dürfen.

Nach Ansicht vieler Experten ist die einzig sinnvolle und nachhaltige Lösung für das Streunerproblem in unserem Bundesland die verpflichtende Kastration von Freigängern, sowie die flächendeckende Kastration von streunenden Katzen und Katern. Dabei hat es sich immer wieder bewährt, die Tiere einzufangen, zu kastrieren und zu chippen und dann in ihrem gewohnten Revier unter Beobachtung freizulassen. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben dabei Vorbildcharakter und die entsprechende gesetzliche Möglichkeit

gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern seit Kurzem. Die verpflichtende Kastration von Freigängerkatzen hat gute Erfahrungen bislang hervorgebracht. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit die Augen vor dem Problem verschließt und nur vereinzelte engagierte Menschen und Organisationen finanziell für die Folgen aufkommen. Wir setzen uns für eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen im gesamten Bundesland ein und möchten, dass Katzenhalter und Ehrenamtliche ausreichend finanziert werden.

Beschlossen am 24.04.2016 auf der Landesmitgliederversammlung in Rostock

Robert Gabel	Andrea Wolff
Landesvorsitzender	Schriftführerin